

ABGELEHNT



Rat 22.4.2021

AfD-Fraktion Buxtehude, Am Klöterbusch 30 - 21614 Buxtehude

An die Hansestadt Buxtehude
Bürgermeisterin Frau Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstraße 7
21614 Buxtehude



- Ratkauer u. Ratsherren
BM, 1,3,10, 6B, PR
- 1/10 z.w.V
- für immer e Ausschuss

Buxtehude, den 03.06.2020

Antrag:
Verzicht auf die Verwendung der sog. „Gendersprache“ in der öffentlichen Verwaltung

Sehr geehrte Frau Oldenburg-Schmidt,

der Rat der Hansestadt Buxtehude möge auf seiner nächsten Sitzung beschließen, der durch den Souverän nicht legitimierten Einführung der sog. „Gendersprache“ in der öffentlichen Verwaltung keinen Vorschub zu leisten und zur herkömmlichen deutschen Sprache und Grammatik zurückzukehren.

Aus dem Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache von 1989 lässt sich keine Legitimation zur generellen Einführung einer Gendersprache oder -schrift ableiten.

Dieses Gesetz schreibt lediglich die Nennung beider Geschlechter in **Vordrucken** des Landes und seiner untergeordneten Körperschaften vor (s. §3). Der Beschluss des Landesministeriums über Grundsätze für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Rechtssprache vom 9.7.1991 **empfiehlt** dieses den untergeordneten Körperschaften für **Rechts- und Verwaltungsvorschriften**, soweit dies sinnhaft ist (S.911, 6.2).



Die Mehrheit der Deutschen lehnt gendergerechte Sprache ab. Das ergibt eine Umfrage im Auftrag von WELT AM SONNTAG. Nur ein Drittel der Befragten spricht sich dafür aus.

Quelle: WELT

AUTOPLAY

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article208647269/Umfrage-Mehrheit-der-Deutschen-lehnt-Gendersternchen-ab.html>

Die Sprache und Schrift eines jeden Volkes stellt ein zu schützendes Kulturgut dar und sollte nicht für ideologische Experimente und Erziehungsmaßnahmen einer Minderheit missbraucht werden. Laut einer Umfrage von Infratest-Dimap spricht sich lediglich 1/3 der Befragten für diese Verunstaltung der deutschen Sprache aus. Das Hauptargument der Befürworter, durch die Sprache eine Geschlechtergerechtigkeit herstellen zu müssen, findet nicht einmal bei der Mehrheit der Frauen in diesem Land Zustimmung.

Deshalb fordert die AfD-Fraktion den Verzicht auf die sog. „Gendersprache“, wie z.B. das „Gendersternchen“, in jeglicher Form in der Verwaltung der Hansestadt Buxtehude.

Mit freundlichem Gruß

Maik Julitz
AfD-Fraktion Buxtehude



Nachtrag:

1. Auch die Stadt Münster hat diesen Beschluss bereits im vergangenen Jahr gefasst:
<https://www.muensterschezeitung.de/Lokales/Staedte/Muenster/3934885-Eingriff-in-die-deutsche-Grammatik-Verwaltung-zeigt-dem-Genderstern-die-Rote-Karte>
2. Der Verein Deutsche Sprache hat eine Umfrage zu dem Thema durchgeführt, die die Umfrage der „Welt am Sonntag“ bestätigt:
<https://vds-ev.de/pressemitteilungen/bundesbuerger-haben-nase-voll-von-gendersprache-und-debatte/>

